

Dr. Hans Luther

Reichsbankpräsident

«Währung und Wirtschaft»



Hans Luther,
10. März 1879 – 11. Mai 1936,
Politiker, Verwaltungsjurist.
1918 – 1922 Oberbürgermeister
von Essen, parteilos, der DVP
nahestehend. 1922 – 1923
Reichsernährungs-, 1923 – 1925
Reichsfinanzminister. Im Januar
1925 Reichskanzler, leitete eine
bürgerliche Mehrheits-Regierung.
Nach dem Austritt der DNVP aus
der Regierungs-Koalition (Oktober
1925) bildete Luther im Januar
1926 eine bürgerliche Minderheits-
Regierung, die jedoch im Mai 1926
gestürzt wurde. 1930 – 1933
Reichsbankpräsident, 1933 – 1937
Botschafter in Washington.
Nach 1949 Vorsitzender eines
Ausschusses zur Neugliederung
der Bundesländer.

Mit dem Plan der Reichsregierung, der unter Mitwirkung der Reichsbank entstanden ist, ist ein fester Kurs genommen worden, den es innezuhalten gilt. Dieser Plan umfaßt nicht nur die 2,2 Milliarden Steuergutscheine mit ihren großen Möglichkeiten für Kredit- und Arbeitsbeschaffung, sondern außerdem die Ausführung des schon vor der Beschußfassung über die Steuergutscheine entstandenen Arbeitsbeschaffungsprogramms von 342 Millionen, das Straßenbau, Wasserbau, Siedlung und vielerlei Anderes enthält. Dazu treten für Arbeitsbeschaffung noch die Summen, die von der Reichsbahn in Höhe von 100 Millionen und von der Post in Höhe von 60 Millionen zur Verfügung gestellt werden; insgesamt handelt es sich – einschließlich der Steuergutscheine für die Beförderungssteuer – bei den von Eisenbahn und Post für die Arbeitsbeschaffung ausgeworfenen Summen ebenfalls um rund 340 Millionen Reichsmark. Mit diesem umfassenden Plan greifen die Verantwortlichen nunmehr, in einem finanziell und währungsmäßig statthaften Rahmen, antriebgebend in die Wirtschaftsentwicklung ein. Was vor einem halben Jahr und auch vor Lausanne mit seiner sachlich klarstellenden Wirkung Unmöglichkeit und schwerer Fehler gewesen wäre, ist heute Gebot der Stunde. Das deflationistische Geschehen, der große Schrumpfungsvorgang, der den Weg dieser wohl schwersten Krise bezeichnete, hat, wie in der ganzen Welt, so auch in Deutschland in der Hauptsache aufgehört. An dieser Hauptrichtung ändern auch vorübergehende Rückschläge nichts. Die Menschheit ist nicht mehr lediglich Objekt eines übermächtigen, man kann sagen naturhaften Geschehens. Deswegen konnten es Regierung und Reichsbank verantworten, mit bestimmten finanziellen Maßnahmen den Aufschwung vorzubereiten.

Das Ausmaß des deutschen Aufbau-Planes ist nicht beliebig gegriffen, sondern ihm liegen bestimmte wirtschaftliche Betrachtungen der Reichsregierung mit zahlenmäßigen Schlußfolgerungen zugrunde, die auch als finanziell und kreditmäßig vertretbar erachtet werden dürfen. Der Vorbereitung des Aufschwungs wird am besten gedient werden, wenn die wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Kräfte sich in der Unterstützung des Regierungsprogramms zusammenfinden. Es kommt garnicht mehr darauf an, ob dieses oder jenes andere Programm auch möglich oder sogar in Einzelheiten

wirkungsvoller gewesen wäre: einen Richter, der über solche Fragen entscheiden könnte, gibt es nicht, und, selbst wenn Besseres gezeigt würde, – ich kenne es nicht –, so ist auch das vermeintlich Bessere bekanntlich der Feind des Guten. Je stärker die Nation ihre Kräfte zusammenfaßt, sich hinter das Regierungsprogramm stellend, um so größer wird der Erfolg sein. Immer wiederholte Wünsche nach Erweiterung des Programms stellen keine Förderung des Programms dar, sondern erzeugen die Stimmung, das Programm sei unzureichend, und das würde heißen unrichtig. Der wieder und wieder auftau chenden – aus der bitteren Not der Arbeitslosigkeit gewiß verständlichen – Ungeduld muß entgegengehalten werden, daß dieses Programm, dessen Wirksamkeit sich über ein Jahr erstreckt, wie überhaupt jedes Programm nicht mit einem Schlag umstürzende Wirkungen auslösen kann. Worauf es ankommt, ist nicht, Neues zu erfinden, sondern alle Tatkraft und allen Schwung darauf zu verwenden, daß nun auch schnellstens ausgeführt wird, wozu durch Beschlüsse der Reichsregierung und Reichsbank die Grundlagen geschaffen sind. Die Reichsbank, die nur in den grundsätzlichen finanziellen Fragen mitwirken und Kreditrückhalte vorbereiten kann, hat das ihr Oblie gende getan. Sie war und ist auch immer wieder bereit, sich Umgestaltungen, die die Reichsregierung für erwünscht hält, z. B. stärkere Heranziehung der Kommunen, nach Möglichkeit anzupassen. Aber das Anlaufenlassen und die Ausführung liegt weder in der Zuständigkeit noch in der Möglichkeit der Reichsbank. Die gewaltigen Zahlen, um die es sich in dem Programm der Reichsregierung handelt, habe ich bereits genannt; allein für öffentliche Arbeitsbeschaffung ergeben sich annähernd 700 Millionen und zwar zusätz lich zu den Anregungen für die Privatwirtschaft, die den Grundcharakter des Programms darstellen, aber auch ihrerseits nicht nur allgemein, sondern zum Teil noch durch besondere Einzelmaßnahmen der Reichsregierung und Reichsbank gefördert werden.

Neben der Festigkeit in der Durchführung des beschlossenen Programms braucht das Wirtschaftsleben zu seiner Erholung Ruhe und nochmals Ruhe. Es ist wie mit einem Rekonvalenszenten nach schwerer Krankheit. Zur Ruhe gehört, daß auch das Gefühl gewährter Rechtssicherheit wieder anwächst. Vertrauen kann nur auf dem Boden der Rechtssicherheit gedeihen. Außerordentliche Eingriffe in der Zinsfrage haben sich zweimal nicht vermeiden lassen. Der niedrige Zins, den wir zur neuen Festigung unserer Wirtschaft brauchen, wird diesen Festigungserfolg jedoch nur haben, wenn die Zinssenkung auf dem natürlichen Wege steigender Geldangebote im Geldmarkt und Kapitalmarkt kommt, also mit Vertrauenserstärkung Hand in Hand geht. Rechtssicherheit ist auch für die natürliche Zinssenkung Voraussetzung. Es war eine

seltsame Verirrung, daß ein Teil der deutschen Öffentlichkeit, bevor es auf gesetzlichem Wege gelungen war, aus dem Bankgesetz das Hindernis der 5%igen Höchstgrenze für den Diskontsatz zu beseitigen, von der Reichsbank erwartete und verlangte, sie solle das Bankgesetz, also ein deutsches Gesetz (nur als solches kam es für die Reichsbank in Betracht) verletzen und eine durch dieses Bankgesetz verbotene Diskontsenkung vornehmen. Wir haben in der großen Inflation eine schwerste Währungskrise durchgemacht, wir durchleben eine Wirtschaftskrise von noch nie dagewesenen Ausmaß; wir müssen uns hüten, daß wir nicht noch in eine Rechtskrise stürzen, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens als Nation zerstören würde.

Soll Vertrauen in der Wirtschaft wieder erzeugt werden, so müssen alle Kräfte darauf gerichtet werden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens wieder zur freien Geltung zu bringen. Das Wort frei heißt dabei nicht, daß der Staat sich um das Kräftespiel der Wirtschaft nicht zu kümmern habe. Alle deutsche Überlieferung der Sozialpolitik würde gegen eine solche Auffassung sprechen. Auch sonst hat der Staat im Gebiet der Wirtschaft mancherlei Aufgaben, die ihm zukommen. So ist es seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Gedanke freier Wirtschaftsbetätigung nicht nur unzweckmäßige und übersteigerte Bindungen und Zusammenballungen sich selbst festföhrt. Ein gesundes wirtschaftliches und ebenso ein gesundes nationales uns soziales Leben erfordert das Vorhandensein sehr vieler Einzelner, die selbstverantwortlich und mit eigenem Wagnis wirtschaften. Unternehmungslust und Vertrauen, eigenes Wagnis und persönliche Erfindungskraft zur Grundlage des Wirtschaftslebens zu nehmen, führt zurück zu den letzten Quellen des individuellen Lebens überhaupt. Zusammenfassungen, die einem wirtschaftlichen oder sozialstrukturellen Bedürfnis entsprechen, werden dadurch in keiner Weise ausgeschlossen; man denke nur an das von Alters her in Deutschland so entwickelte und immer wieder neugeformte Genossenschaftswesen. Der Staat muß auch dafür sorgen, daß das Blachfeld, auf dem die wirtschaftlichen Kräfte sich messen, frei und sauber ist. Niemand wird leugnen wollen, daß das individualistisch-kapitalistische System oder besser gesagt das System der freien Marktwirtschaft wie alles menschliche Wirken, nicht auch zu Fehlern und Auswüchsen führen kann und geführt hat; aber deswegen darf man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern man wird das tun, was man bisher auch für vernünftig hielt, nämlich offenkundig gewordene oder werdende Fehler und Auswüchse zu beseitigen suchen. Man muß an das anknüpfen, was sich durch die Erfahrung der Menschheit in langen Zeiten als zweckmäßig und anständig herausgestellt hat. Für das Verhalten des Staates aber kommt es entscheidend darauf an, in welchem Geiste der Staat seine Einflußnahme auf

die Wirtschaft ausübt, ob es der Geist des Reglementierens oder ob es der Geist des grundsätzlichen Wollens wirtschaftlicher Freiheit ist.

So klar ich mich hier für die Privatwirtschaft ausspreche, so ist es mir dennoch durchaus verständlich, daß nach den schrecklichen Erlebnissen dieser Krisenjahre der menschliche Geist darum ringt, ob es denn aus den Naturbedingtheiten der Wirtschaft, aus all dem Privatgeschäftlichen, aus der Abhängigkeit vom Ausland, aus diesem ganzen Weltwirtschaftssystem, das in die Krise hineingeführt hat, nicht einen Ausweg in ein besseres Land der Zukunft gibt. Weite Kreise, besonders auch der Jugend, sind von einem Gefühl innerer Ablehnung, das sich hier und da bis zum Ekel steigert, gegen das ganze bisherige Wirtschaftsverfahren, das durch die Krise hindurch aufrechterhalten wurde, erfüllt. Das immer tiefer gewordene und immer mehr das ganze Volk erfassende nationale Wollen umschließt bei vielen den Wunsch, sich von diesem Ausland, das uns immer noch in wichtigen politischen, ja Schicksalsfragen die uns zustehende Gleichberechtigung versagt, zunächst einmal wirtschaftlich unabhängig zu machen. Das alles muß man nicht nur verstehen, sondern auch solche Deutschen, die sich voll bewußt sind, daß eine Abkehr von der bisherigen Wirtschaftsform und eine zum Grundsatz erhobene Absperzung gegen das Ausland schwerste Not über das deutsche Volk bringen müssen, erleben in sich selbst all das, was die wirtschaftlich Ungeschulten oder Unbedachten für möglich halten, nur weil sie es für möglich halten möchten. Wir müssen auch bereit bleiben, wenn trotz aller unserer Bemühungen und der Bemühungen vieler kluger und das Gute wollender Ausländer, Weltpolitik und Weltwirtschaft Deutschland immer mehr in die wirtschaftliche Absonderung hineindrücken, dann auch diese Aufgabe als nationales Schicksal zu bestehen. Aber diesen Zustand von uns aus wollen, das können und dürfen wir nicht. Das Elend, das über Deutschland kommen würde, wäre zu groß; und, um diesen Hinweis nicht zu unterlassen, leidtragend, schwer leidtragend wäre mit uns die ganze Welt.

Gegenüber der ungeheuren Schwere und Tragweite des nationalen Problems, vor dem wir stehen, ist es seltsam, daß kürzlich in der Öffentlichkeit von einer Seite aus, die es besser wissen sollte, die Behauptung aufgestellt worden ist, das deutsche Noteninstitut, das die Währung hütet, also die Reichsbank, stehe unter ausländischem Einfluß und sei kein Instrument der Nationalwirtschaft. Wie das ganze deutsche Volk wissen sollte, gibt es einen ausländischen Einfluß in der Reichsbank seit dem Frühjahr 1930 nicht mehr. Es war für unser nationales Empfinden eine der Lichtseiten des so folgenschweren und in wesentlichen Beziehungen unheilbringenden Entschlusses, an Stelle des Dawes-Plans den Young-Plan treten zu lassen, daß jede auslän-

dische Mitwirkung bei der Reichsbank ausgeschaltet wurde. In keiner Weise soll damit angedeutet werden, daß der frühere Einfluß ausländischer Generalratsmitglieder in der Reichsbank sich irgendwann zum Nachteil Deutschlands ausgewirkt hätte. Aber seit zwei und einem halben Jahre ist die Reichsbank nun auch in der Form völlig frei. Das von mir schon einmal erwähnte Bankgesetz, auf dem die Unabhängigkeit der Reichsbank beruht, ist ein deutsches Gesetz und für die Reichsbank bindend. Die für die Regierung bestehende internationale Verpflichtung, die wesentlichsten Vorschriften des Bankgesetzes nicht abzuändern, wird mit der Ratifikation des Lausanner Abkommens fortfallen. Indem ich dies erwähne, unterlasse ich nicht auszusprechen, daß nach meiner Überzeugung je schwerer und ernster die Zeiten, umso notwendiger die Unabhängigkeit der Notenbank ist. Das ist eine Frage des Grundsätzlichen, weil niemand weiß, welche Gefahren zu irgend einem Zeitpunkt der Notenbank und damit der Währung von einer kommenden Regierung oder von einem Reichstag drohen können. Ich vertraue aber darauf, daß, wenn einmal die deutsche Gesetzgebung über die Frage der Unabhängigkeit der Reichsbank zu entscheiden haben wird, sie den Weg der vollen Sicherung der Währung und also der Unabhängigkeit des deutschen Währungsinstituts von der Politik auch für die Zukunft gehen wird. Daß die Reichsbank in allem, was sie tut und läßt, ein Instrument der Nationalwirtschaft war, ist und sein wird, das seine Entscheidungen in pflichtmäßiger Würdigung der ihm obliegenden nationalen Aufgaben fällt, diese Selbstverständlichkeit auch nur des näheren zu begründen, lehne ich ab.

Zur Frage der Autarkie habe ich schon oft in der Öffentlichkeit Stellung genommen und meine Darlegungen waren immer die gleichen. Ich gehe davon aus, daß unter denen, die sich überhaupt mit der Frage ernsthaft wirtschaftlich beschäftigt haben, der Gedanke einer allgemeinen und möglichst lückenlosen Autarkie, wo er etwa bestanden hat, heute so gut wie aufgegeben ist. Aber als der Gedanke entstand und man sich des Fremdwortes «Autarkie» zu bedienen begann, dachte man damit an etwas Anderes als an die für Deutschland selbstverständliche Pflege des Binnenmarktes. Den Binnenmarkt müssen wir pflegen, wie ich nie müde geworden bin zu betonen, weil wir wenigstens die Noternährung unseres Volkes sichern müssen, und um der Erhaltung des für unseren Volkskörper so wichtigen Standes und Berufes der Landwirte willen. Aber auch für die Ausfuhr braucht ein Volk, das Fertigfabrikate und Qualitätserzeugnisse exportiert, den Binnenmarkt als Grundlage. Die Reichsbank hat sich vor und während meiner Amtsführung, wie die Landwirtschaft weiß, der Pflege des landwirtschaftlichen Kredits in besonders starkem Ausmaß angenommen – eine Aufzählung der getroffenen Sonder-

maßnahmen würde eine lange Liste ergeben –, und die Mitwirkung der Reichsbank bei den verschiedenen Stufen der Osthilfe-Aktionen ist stets bis an die währungsmäßig nur irgend vertretbare Grenze herangegangen.

Über diese dauernden binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten hinaus ist Deutschland durch die während der Krise fortlaufend verschärften und immer noch bestehenden Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die Entfaltung des deutschen Exports in eine Lage gekommen, die die Regierung zu der Prüfung bringen mußte, auf welchem Wege handelspolitisch weiter verfahren werden soll. Es muß meines Erachtens deutscherseits stets mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die Gesamtlage, in der die jetzigen Erörterungen über Kontingentsfragen entstanden sind, nicht etwa durch Deutschland, sondern durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes hervorgerufen worden ist, wie übrigens auch der Kontingentsgedanke als handelspolitischer Grundsatz durchaus nicht deutschen, sondern ausländischen Ursprungs ist. Daß kürzlich die Tatsache eines Schreibens der Reichsbank an die Reichsregierung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Kontingentsbesprechungen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen ist, wobei bekanntlich die Reichsbank dieses Bekanntwerden nicht veranlaßt hat, hat mit der grundsätzlichen Einstellung zur Frage der Kontingente oder Autarkie nichts zu tun. Ich lehne es, ebenso wie der Herr Reichskanzler, ab, über ein solches inneres Schreiben Auskunft zu geben, und kann nur mein größtes Bedauern darüber aussprechen, daß hier wieder einmal eine unverantwortliche Indiskretion die sachliche Behandlung konkreter Fragen gestört hat. Es ist auch in keiner Weise meine Aufgabe, mich vor der Öffentlichkeit über schwelende handelspolitische Fragen zu äußern. Grundsätzlich aber wiederhole ich, was niemanden überraschen kann, da ich es stets gesagt habe: Unser Volk ist zu seiner jetzigen Einwohnerzahl parallel mit der Industrialisierung angewachsen. Vor wie nach dem Kriege hat ein großer Teil unserer Bevölkerung Beschäftigung und Brot durch den Export gehabt. Die besondere Befähigung unserer industriellen Arbeiterschaft besteht in der Herstellung von Qualitätswaren, für die das Ausland Bedarf hat. Diese Bedürfnisse des Auslandes zu befriedigen, ist ein nationaler Weg, um das deutsche Volk am Leben zu erhalten, seine Lebenshaltung zu verbessern und seinen volkswirtschaftlichen Wohlstand allmählich wieder aufzubauen. Alle weltwirtschaftliche Erfahrung spricht dafür, daß internationaler Gütertausch Besserung der Lebenshaltung aller am Austausch beteiligter Völker bedeutet. Unsere industriellen Anlagen sind zu einem großen Teil auf die Herstellung von Ausfuhrartikeln eingerichtet, die der Binnenmarkt nicht oder keinesfalls in der gleichen Menge gebrauchen kann. Die grundsätzliche Umstellung der Industrie nur oder fast nur auf dem

Binnenmarkt würde infolgedessen, auch wenn sie möglich wäre, eine industrielle Umstellungskrise hervorrufen, nach der wir im Tiefpunkt der großen Krise, die wir jetzt erdulden, wirklich kein Verlangen haben sollten.

Ob einmal am Ende eines langen, das Elend und wohl auch das Sterben vieler Deutscher bedeutenden Leidensweges ein Gleichgewichtszustand entstehen würde, in dem das deutsche Volk das, was es zu einer ausreichenden Lebenshaltung braucht, aus dem eigenen Boden gewinnt, auf diese Frage kann es für die praktischen Entscheidungen der Gegenwart nicht ankommen. Nur darf dabei nicht übersehen werden, daß das deutsche Volk sich nicht nur ernähren, sondern auch kleiden muß; und wohl auch so manches andere berechtigte Bedürfnis wird wenigstens nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht ohne Güteraustausch mit dem Auslande befriedigt werden können. So ist nun einmal der für Deutschland geschichtlich gegebene Tatbestand.

Für die praktisch übersehbare Zukunft muß damit gerechnet werden, daß weiteres Absinken der Ausfuhr neue Erwerbslosigkeit und neue Entwertung deutschen Volksvermögens bedeutet. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß jede Nachfrage, die sich bisher auf ausländische Erzeugnisse gerichtet hat, durch Absperrung der Einfuhr der fraglichen Erzeugnisse den inländischen Verkäufern gleichartiger oder ähnlicher Erzeugnisse zuwächst. Mit der Beseitigung von Einfuhr beseitigt man im Endergebnis auch immer ebensoviel Ausfuhr, soweit nicht aus Gründen allgemeiner z. B. psychologisch-politischer Natur das Ergebnis noch ungünstiger wird. Diese Verminderung des Ausfuhrgeschäfts muß notwendig eine große Zahl von Unternehmungen stilllegen, deren unmittelbare und mittelbare Nachfrage auch auf dem inländischen Markt bis dahin eine erhebliche Rolle gespielt hat. Wenn sie infolge Fortfalls ihres Ausfuhrgeschäfts schließen müssen, weil ihr Inlandsgeschäft allein eine nutzbringende Produktion nicht ermöglicht – solche Fälle sind typisch für das Gebiet der arbeitsintensiven Fertigindustrie –, so ist damit nicht nur die Nachfrage nach Auslandserzeugnissen, die von diesen Unternehmungen unmittelbar oder mittelbar ausging, sondern auch die Nachfrage nach Inlandserzeugnissen vernichtet und eine neue Schrumpfung herbeigeführt. In praktischer Anwendung auf die Landwirtschaft gesprochen: Wenn industrielle Arbeiter neu eingestellt werden, weil neue Aufträge aus dem Ausland vorliegen, so kaufen sie auch wieder mehr inländische Lebensmittel, und das wird sich günstig auf die landwirtschaftlichen Preise auswirken. Das Umgekehrte tritt ein, wenn Arbeiter entlassen werden. Man stelle sich einmal vor, daß etwa einem bestimmten, sagen wir süddeutschen, Industriebezirk das für ihn lebenswichtige, immer noch vorhandene Ausfuhrgeschäft schwer beeinträchtigt wird. Glaubt man etwa, daß die daraus folgende Stillegung von

Unternehmungen dieses Bezirks und die daraus erwachsende Arbeitslosigkeit für die Verwertung der bäuerlichen Erzeugnisse dieser Gegend gleichgültig wäre? Der Markt für ausländische Erzeugnisse und für inländische Erzeugnisse hängt so innig zusammen, daß man nicht einen Teil zerstören kann, ohne den anderen mitzzerstören.

Deutschland ist nach der Ausnutzung seiner wirtschaftlichen Kräfte mit einem gut gepflegten Bauernhof zu vergleichen, auf dem etwa Vater, Mutter und zwei Kinder arbeiten, während zwei andere Kinder in der benachbarten Stadt Arbeit gefunden haben. In diesem Zustand geht es der ganzen Familie gut. Wenn nun die beiden Kinder ihre Arbeit in der Stadt verlieren und auf den Bauernhof zurückkehren, so ist es nicht möglich, durch verstärkte landwirtschaftliche Tätigkeit aus dem Bauernhof mehr Nahrung als früher herauszuholen, sondern die unverändert vorhandene Nahrung muß statt auf vier jetzt auf sechs Köpfe verteilt werden. Das ist bei Übertragung des Bildes auf die deutsche Volkswirtschaft der Zustand nach Fortfall der Ausfuhr. Gewiß ist Deutschland mit einem Bauernhof zu vergleichen, an dessen Produktivität doch noch einiges zu verbessern ist, und daran ununterbrochen zu arbeiten, ist große nationale Aufgabe. Niemals aber können diese Bemühungen den Schaden ausgleichen, den die Gesamtproduktion durch Fortfall der Ausfuhr erleiden würde.

Durch die Krise ist auch viel innere Kaufkraft vom Markt verscheucht worden. Man muß dabei nicht immer nur an das Hamstergeld denken, sondern auch an alle sonstigen Reserven, die durch die Tatsache der Mutlosigkeit und des Vertrauensmangels zurückgehalten werden. Sicherlich kann, wenn eine volle Auflockerung sich vollzieht, von hier aus noch eine zusätzliche Nachfrage auf den Märkten einsetzen. Aber diese Auflockerung wird sich nicht voll durchsetzen, wenn nicht auch der gesamte Verkehr mit dem Auslande, also Waren- und Kreditverkehr, in einigermaßen normale Bahnen zurücklenkt, weil auch das Vertrauen zur nationalen Wirtschaft nicht unabhängig von der Entwicklung der weltwirtschaftlichen Beziehungen ist.

Diese Dinge richtig zu erkennen und einzuschätzen, ist nicht Internationalismus, sondern ist Dienst am deutschen Volke.

Um die Ausfuhr Deutschlands in möglichst großem Umfange aufzubauen zu können, brauchen wir auch wieder die privatwirtschaftlichen Kräfte des deutschen Industriellen und Kaufmanns. Wir exportieren nicht, wie Rohstoffländer, nur Rohstoffe, deren Ausfuhr ein staatlich aber sonst bürokratisch geleitetes Außenhandelsmonopol bewältigen könnte. Ohne die Bedeutung anderer Ausfuhrartikel irgendwie zu unterschätzen, so liegen unsere hauptsächlichen Ausfuhrmöglichkeiten und besonders die Möglichkeiten ihrer Steigerung in

der vielgestaltigen Qualitätsware. Das spiegelt sich darin, daß wir am Tage 45-50 000 einzelne Ausfuhrfälle haben. Die unzähligen Fäden, die gesponnen werden müssen, um solche Ausfuhr aufrechtzuerhalten und zu vermehren, können nur in der vielmaschigen Feinarbeit privatgeschäftlichen Lebens entstehen. Wir würden eine beste Eigenschaft der deutschen Köpfe und der deutschen Hände verfallen lassen, wenn wir nicht alles täten, und in Zukunft noch mehr als bisher, um Herstellung und Absatz von Qualitätserzeugnissen zu fördern. Aber auch vom Binnenmarkt her gesehen werden die vielgestaltigen Bedürfnisse des deutschen Menschen nur auf den vielgestaltigen Wegen des freien Marktes befriedigt werden können, der seinem Wesen nach nichts anderes als Privatwirtschaft ist.

Gibt es denn überhaupt eine Möglichkeit, von der Privatwirtschaft wegzukommen? Das ist höchstens für eine Gesamtplanung, wie das russische System sie unternimmt, theoretisch vorstellbar. Dieser russische Versuch vollzieht sich unter unvergleichlich einfacheren und deshalb günstigeren Verhältnissen, als sie in Deutschland vorliegen würden. Welches Leid die Umstellung, die mit der Neuformung des russischen Wirtschaftslebens versucht wurde, dennoch über russische Menschen gebracht hat, davon brauche ich wohl nichts zu erzählen. Unterstreichen aber möchte ich, daß die grundsätzlich planwirtschaftlichen Gedanken, die in Deutschland umgehen, noch nie zur Aufstellung einer wirklichen Planung geführt haben, oder, wo der gedankliche Versuch gemacht worden ist, wurde der Widerstand aus den Tatsachen heraus sofort überstark. Es geht eben über menschliche Organisationskraft hinaus, an Stelle der naturgewachsenen Wirtschaft, die wir heute haben, in den verwinkelten deutschen Verhältnissen ein Gedankenerzeugnis menschlichen Verstandes zu setzen. Der Verstand der Verständigen, der so Unerhörtes unternimmt, unterscheidet sich im Ergebnis nicht mehr wesentlich vom Unverständ der Unverständigen. Daß eine Göttin dem Haupte des Zeus entsteigt, kommt nur in der Sage vor. In der Wirklichkeit des Lebens pflanzen sich die Geschöpfe auf natürlichem Wege fort.

Immer ist es in schweren Krisenzeiten so gewesen, daß die Welt mit Plänen phantastischer Art überschwemmt wurde. Gerade auch Menschen, die in Zeiten ruhiger Entwicklung Realisten im vollsten Wortsinne sind, flüchten sich oft genug in Zeiten der Not aus der Wirklichkeit in das Reich der Träume. Jetzt ist aber die Stunde gekommen, wo man berechtigt und deshalb verpflichtet ist, die Wege zu prüfen, auf denen ein normaler Wiederaufbau sich vollziehen kann. Es wäre ein gräßlicher Gedanke, sich vorstellen zu müssen, daß in einer Zeit, wo man auf wirtschaftliche Besserung vertrauen darf, Illusionisten mit ihren Plänen durchdringen und dadurch eine neue Stufe neuer Not einfügen

würden. Gewiß ist es richtig, daß die Weltgeschichte Perioden weitgehender wirtschaftlicher Bindungen durchwandert hat und daß die volle oder fast volle Freiheit des Wirtschaftslebens dem sogenannten kapitalistischen Zeitalter eigentlich ist. Zeiten starker Bindungen waren aber stets Zeiten, in denen alle wirtschaftlichen Beziehungen viel einfacher waren und sich auf engere übersehbare Räume beschränkten. Niemals waren das Zeiten, in denen die Technik der Menschheit im Nacken saß und überstürzend Neues nach Neuem gebar. In unserer besonderen Lage haben wir nur die Wahl, zu erstarren, auf das Mitmarschieren in der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu verzichten und damit unserem Volk nur jenes elende Leben bieten zu können, das bei unserer großen Bevölkerung ohne zusätzliche Kaufkraft aus dem Auslande möglich ist.

Eine gewisse Beschränkung der Lebenshaltung mag aus nationalem und sittlichem Antriebe, wie er besonders in der deutschen Jugend lebendig ist, ertragen werden; hier ist sogar manche Möglichkeit der innerlichen Befreiung von Schlacken. Aber die dauernde Not, die durch ein Ausscheren aus der Weltwirtschaft entstehen würde, wäre zu groß, als daß nicht bald von ihr her die Gefühlseinstellung bestimmt werden würde. Deshalb haben wir praktisch keine Wahl, sondern wir haben nur die Möglichkeit, alles zu tun, damit wir in das Weiterschreiten des größten Teils der Menschheit wieder einschwenken. In diesem Sinne sind wir schicksalhaft abhängig.

Spricht man von den großen Hindernissen, die der Wiederentfaltung eines freien Gütertauschs zwischen den nationalen Volkswirtschaften im Wege stehen, so werden oft in erster Linie die eingefrorenen Auslandskredite genannt. Das ist verständlich, weil sich am deutlichsten erkennbar für alle die Krise als Kreditkrise mit Bankenschließungen und internationalen Transferbeschränkungen kundtat. Dennoch führt diese Betrachtungsweise in die Irre.

Ohne auf Natur und Ursachen der Weltkrise im einzelnen einzugehen, sei nur darauf hingewiesen, daß ein Weltkrieg von derartiger Ausdehnung und Dauer, wie wir ihn erlebt haben, schon von sich aus überall Jahre oder längere Zeiträume hindurch Krisenwirkungen im Gefolge haben mußte. Statt daß politische Kunst sich bemüht hätte, dieses Unvermeidliche zu mildern, haben die furchtbaren politischen Pariser Vorort-Diktate den Volkswirtschaften der beteiligten Länder, aber damit auch der gesamten Weltwirtschaft Umgestaltungsaufgaben größten Ausmaßes auferlegt, die schlimmste Krisenreibungen mit sich bringen mußten und mit sich gebracht haben. Wie die Ergebnisse der vorjährigen Baseler Konferenzen und die diesjährigen Verhandlungen in Lausanne zeigten, hat sich diese Auffassung inzwischen in der ganzen Welt durchgesetzt, wenigstens so weit es sich um die Reparationszahlungen handelt.

Auch nach Lausanne aber bleibt der Tatbestand bestehen, daß die Krise in ihrem gewaltigen Ausmaß durch die ungeheuren nicht wirtschaftlich, sondern politisch begründeten Zahlungen von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft, besonders also durch die deutschen Reparationszahlungen, hervorgerufen worden ist, und daß wesentlich aus dieser Ursache das riesenhafte Verschuldungsgebäude entstanden ist, das auf Deutschland getürmt wurde.

Ich beschränke mich mit dieser Bemerkung auf die Wirkungen der Reparationszahlungen und lasse die wirtschaftlichen Wirkungen aus den sonstigen umstürzenden Maßnahmen der Kriegsbeendigung besonders in territorialer Beziehung fort, die eine so unheilvolle Rolle bei der Entstehung der hohen Verschuldung vieler Schuldnerländer, auch Deutschland, gespielt haben.

Die Zeit sollte vorüber sein, wo man untersucht, ob Deutschland in der Nachkriegszeit zuviel Aufwand an öffentlichen Gebäuden oder dergleichen getrieben hat. Obwohl an diesem Vorwurf so manches richtig ist und richtig bleibt, auch wenn zur Zeit die Stimmung wieder umgekehrt zugunsten von Kommunalaufrägen liegt, so wäre doch die Krise in keiner Weise geringer, wenn die entsprechenden nach Deutschland hineingeströmten Beträge für wirtschaftliche Anlagen verwendet worden wären. Denn daß wir eine Überkapazität an Produktionsmitteln auf der ganzen Erde besitzen und daß deshalb die Gefahr nicht durch eine noch stärkere Vermehrung der Produktivkräfte Deutschlands hätte gebannt werden können, ist jetzt ja wohl deutlich geworden. Es hat auch keinen Zweck, die Frage zu vertiefen, ob und welche Abwehrmaßregeln in Deutschland gegen die kurzfristige Verschuldung in den Jahren ihres Anschwellens möglich und angezeigt gewesen wären. Als ich auf den Posten des Reichsbankpräsidenten berufen wurde, fand ich diese Verschuldung als nicht mehr abänderbaren Zustand vor. Zur Beschränkung der langfristigen Verschuldung war ja vielerlei geschehen. Jetzt handelt es sich nur um den Tatbestand, vor dem wir stehen, und dieser Tatbestand ist ein in solchem Ausmaß wohl noch nie dagewesener Abstand zwischen der wirtschaftlichen Lage der Gläubigerländer auf der einen Seite und der Schuldnerländer auf der anderen Seite. Dieser Tatbestand wird auch nicht dadurch verändert, daß die Krise, besonders auch in ihrer Eigenschaft als Vertrauenskrise, die Gläubigerländer durchaus nicht verschont hat. Sobald das allgemeine Vertrauen wieder einigermaßen hergestellt sein wird, wird sich erweisen, wie groß der Unterschied der Lage ist.

Nun hat es in der Wirtschaftsentwicklung immer nur ein Mittel gegeben, um den Unterschied zwischen Gläubiger- und Schuldnerland allmählich auszugleichen oder auf ein tragbares Maß zurückzuführen, das ist der freie Warenverkehr. Deshalb werden alle anderen Erörterungen, z. B. über Aufhe-

bung der Devisenordnungen, über Konsolidierung der kurzfristigen Schulden, sozusagen im Technischen steckenbleiben, solange nicht durch Herabsetzung der Zölle und Beseitigung aller Einschränkung der sonstigen internationalen Handelshemmnisse die Bahn für den Warenverkehr wieder freigemacht wird. Diese Bewegung aber kann der Natur der Sache nach ihren Ursprung nur von den großen Gläubigerländern aus nehmen.

Das soll in keiner Weise bedeuten, daß nicht auch die technischen Maßnahmen zur Wiederherstellung freien Kreditverkehrs fortgesetzt geprüft werden sollen. Stillhalteabkommen und Devisenordnungen sind gewiß kein Ideal, und Deutschland möchte so bald als möglich davon freikommen. Der Konsolidierungswunsch für die kurzfristigen Kredite ist von deutscher Seite stets ausgesprochen worden, und seine Erfüllung ist und bleibt Voraussetzung für die im Interesse der gesamten Kreditwirtschaft erforderliche Aufhebung der Devisenordnungen. Denn man sollte sich nicht mit einer gewissen Untätigkeit allein darauf verlassen, daß Wiederkehr des allgemeinen Vertrauens von sich aus die natürliche freie Kreditordnung wiederherstellen könnte. Auch die Frage der Kapitallasten, besonders der Zinshöhe muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, wobei ich auf die Zinsen der kurzfristigen Kredite und, was zu ihrer Ermäßigung bereits geschehen und was erreicht ist, nicht näher eingehen will. Nachdem es jetzt in großen anderen ändern möglich geworden ist, zur freiwilligen Konversion großer Anleihen zu kommen, ist ein Wiederaufbau der Weltwirtschaft schwerlich denkbar, wenn nicht im Laufe der fortschreitenden Weiterverflüssigung der Kapitalmärkte auch Möglichkeiten sich eröffnen, um die zu hohen Lasten, die auf die Volkswirtschaften der Schuldnerländer drücken, zu ermäßigen. Hier liegt neben der Erleichterung des freien Warenverkehrs auf der Erde, die größte Aufgabe für die Weltwirtschaftskonferenz.

Daneben und fortgesetzt muß Deutschland seinen eigenen Bestand an Gold und Devisen auf das Sorgfältigste beobachten. An dem Willen Deutschlands und, daß ich es aus meiner Verantwortung heraus sage, an dem Willen der Reichsbank, den ausländischen Schuldendienst aufrechtzuerhalten, kann im Ausland nach dem tatsächlichen bisherigen Verhalten der verantwortlichen deutschen Stellen ein Zweifel nicht gehegt werden. Beibehalten aber kann das bisherige Verfahren selbstverständlich nur so lange werden, als die Überschüsse aus dem Waren- und Leistungsverkehr mit dem Ausland die nötigen Devisen liefern, wobei Deutschland auch den gegenwärtigen und den sich etwa entwickelnden Problemen der für Volk und Wirtschaft notwendigen Einfuhr Rechnung tragen muß. Angesichts der Schwierigkeiten und Hemmungen, denen unsere Ausfuhr im Ausland begegnet, kann man den gleichen

Gedanken auch so ausdrücken, daß wir zwar zahlungsbereit sind, daß unsere Bereitwilligkeit zu zahlen aber dem Ausland nichts nützt, wenn das Ausland nicht seinerseits bereit ist, unsere Zahlungen anzunehmen; das bedeutet aber nichts anderes, als daß das Ausland bereit sein muß, von uns im internationalen Handel die Waren anzunehmen, mit denen allein wir zahlen können.

Weltwirtschaftlich betrachtet, bleibt das Kernproblem die Anhäufung des Goldes und der eingefrorenen Forderungen in wenigen, aber bedeutungsvollen Ländern, während den Schuldnerländern die einzige Möglichkeit, in der sie ihre Schuld allmählich abtragen, nämlich ein möglichst weit von Hemmnissen befreiter Welthandel nicht offen steht; nur durch befreiten Welthandel kann auch im Laufe der Zeit eine der inneren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Länder entsprechende Streuung des Goldes über die Erde wieder herbeigeführt werden. Der jetzige Zustand wird auch in den Gläubigerländern kaum noch als ein Segen betrachtet. Aber an den wirklich maßgebenden Stellen fehlt bisher die auslösende Kraft, um den Ruf «Das Ganze kehrt» als Weltkommando ertönen zu lassen. Der Weltzustand von heute ist, um einen Ausdruck der Kriegszeit zu gebrauchen, behelfsmäßig. Die Menschheit hat es in der eigenen Hand, ob sie mit kühnen Entschlüssen den Weg der Heilung beschreitet, nachdem jetzt der Schrumpfungsvorgang als solcher innerhalb der Weltwirtschaft als in der Hauptsache beendet angesehen werden darf.

Ein Wort sei noch zur Kreditwirtschaft gesagt. Der natürliche Gegensatz zwischen dem Kreditnehmer, der gern Kredit haben möchte, und – nur von diesen Fällen spreche ich – an die Güte seines Unternehmens und des von ihm beabsichtigten Geschäfts glaubt, und dem Kreditgeber, der Kredit nur dann geben will und darf, wenn er auf die Rückzahlung vertraut, hat immer bestanden, führt aber in der Gegenwart zu Auseinandersetzungen grundsätzlicher Natur. Besonders erwarten die Kreditbegehrenden Hilfe vom Staat, nachdem das Reich und mit Deckung durch die Reichsbank die Golddiskontbank großen Banken in verschiedenem Umfange den Wiederaufbau der verlorenen Kapitalteile ermöglicht haben und dadurch Großaktionäre der Banken geworden sind. Dieses Kredit- und Bankenproblem kann nicht aus der grundsätzlichen Entscheidung der Frage, ob man Privatwirtschaft will oder nicht, herausgeschnitten und für sich behandelt werden. Sicher ist ja richtig, daß es innerhalb der Privatwirtschaft einzelne Gruppen, oder wie manche jetzt gern sagen, Sektoren einer Betätigung öffentlicher Kräfte, staatskapitalistische Sektoren, gibt oder schon lange gab, wobei das am meisten in die Augen fallende Beispiel die Versorgungsbetriebe, also Wasser, Gas, Strom, Straßenbahn der Kommunen sind. Auch diese Versorgungsbetriebe aber werden

überall in deutlicher Abstandhaltung von den für die obrigkeitlichen oder fürsorglichen Aufgaben verantwortlichen Kräften geführt, und die Entwicklungsneigung der letzten Jahre ging dahin, wenn auch aus finanziellen Gründen, durch Abwandlung in Aktiengesellschaften diesen Verwaltungsabstand noch zu erhöhen. Die Kreditwirtschaft, von der ich hier spreche, hat die Eigentümlichkeit, daß sie innerhalb des gesamten Wirtschaftslebens die Schlüsselstellung einnimmt; man kann auch sagen, daß sie das Wirtschaftsleben steuert. Deshalb lockt ja auch viele der Gedanke, von hier aus das ganze Wirtschaftsleben für die Staatsgewalt zu erobern. Dem muß entgegengehalten werden, daß es keinen anderen objektiven Maßstab für die Kreditzuteilung im Großen gibt als die privatgeschäftliche Prüfung der Rentabilität. Wird die Kreditwirtschaft nicht in der Weise geführt, daß sie die privatgeschäftlichen Grundsätze, worunter nicht der Grundsatz unbeschränkter Gewinne zu verstehen ist, aufrechterhält, so würde sehr bald jeder objektive Maßstab für die Zuführung von Krediten fehlen, politische, also dem Kreditwesen fremde Gesichtspunkte würden sich einschleichen, und ein Vertrauenszusammenbruch größten Ausmaßes müßte die Folge sein. Die oft aufgestellte und von der Reichsbank immer für richtig gehaltene Forderung, man solle die Banken reprivatisieren, bedeutet deshalb für die Gegenwart besonders, daß Reich und Golddiskontbank ungeachtet ihres großen Aktienbesitzes keine Maßregeln ergreifen dürfen, die die Unabhängigkeit der Entscheidungen über Kreditgewährung und die Anwendung privatgeschäftlicher Vorsicht auf die Entscheidungen in Frage stellen. Wohl aber ist es Aufgabe des Reiches und der Reichsbank, im engen Einvernehmen mit den Bankleitungen selbst dafür zu sorgen, daß unter voller Beachtung aller Sicherheitsansprüche, die die Einleger der Banken stellen dürfen, die Bankenarbeit nicht in übertriebener Liquiditätsängstlichkeit verharrt, sondern innerhalb des großen Aufbauprogramms der Reichsregierung positiv mitschwingt. Das Reich hat aber auch bei den Banken und gerade bei den Banken den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen die privatwirtschaftliche Freiheit des Bankenwesens sich gedeihlich für das Ganze entwickeln kann. Als besonderes Organ hierfür sind seit Jahresfrist der Reichskommissar für das Bankgewerbe und das Kuratorium für das Bankenwesen eingesetzt, dessen Vorsitzender der Reichsbankpräsident ist und dem neben dem Reichskommissar für das Bankgewerbe und dem Reichsbankvizepräsidenten die Staatssekretäre des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums als Mitglieder angehören. In diesen Organen werden denn auch eine Reihe für die nähere oder spätere Zukunft in Betracht kommender gesetzlicher Maßnahmen bearbeitet oder vorbereitet, die den Banken die Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse besonders auch der

gewerblichen Wirtschaft baldigst erleichtern und die ferner für die weitere Wiederaufbauzeit die richtigen Regeln z. B. hinsichtlich der Auslandsverschuldung oder der Kreditschöpfung durch die Banken selbst aufstellen sollen.

Wenn ich davon gesprochen habe, daß das Kreditwesen die Schlüsselstellung unseres volkswirtschaftlichen Lebens einnimmt, so möchte ich damit nicht die Bedeutung des Naturalwirtschaftlichen unterschätzen. Ich bin sogar der Meinung, daß in der Nachkriegszeit zuviel Kreditwesen in die Landwirtschaft hineingetragen ist. Die Notwendigkeit fortschreitender Intensivierung um des nationalen Ziels der Nahrungsfreiheit willen drängte in dieser Richtung und bleibt als treibende Kraft bestehen. Auf der anderen Seite sollte niemand verkennen, daß die besondere Kreditkrise, die das flache Land erschüttert, ein Menetekel ist. Kurz sei bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen, daß alles Siedeln sehr erleichtert werden wird, wenn man auch hier dafür sorgt, daß der Siedler nicht durch übermäßige Lasten, die früher vielfach auf der zu aufwendigen Siedlungsart beruhten, von Beginn der Siedlung an überlastet wird. Wir können heute nicht wiederholen, was Friedrich der Große getan hat, als er Land und Holz den Siedlern schenkte. Wir haben auch keine unerschlossenen Gebiete wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika und andere Länder, in die hinein eine Art Auswanderung ins Inland stattfinden könnte. Aber wir sollten, besonders auch unter Einspannung der Möglichkeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes, bei der Siedlung im tunlichen Ausmaß es mit jenen Erleichterungen versuchen, die ich mir einmal erlaubt habe, als Hilfswirtschaft oder geldfreie Hilfswirtschaft zu bezeichnen. Den Siedlungsgedanken selbst mit Hingabe zu pflegen, erscheint mir vor allem als nationale und soziale Notwendigkeit und entspricht einer tiefen politischen Sehnsucht besonders der Jugend.

Endlich möchte ich zu den jetzt spruchreif werdenden Plänen über die Reichsreform eine kurze Bemerkung vom Standpunkt der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands aus anfügen. Reichsreform, wie sie vom Bund zur Erneuerung des Reiches, den ich in den ersten Jahren leiten durfte, betrieben ist, bedeutet, soweit es sich um das volkswirtschaftliche Ziel handelt, eine Umwandlung des Reichsaufbaues und der Reichsverfassung nur insoweit, daß die Selbstverwaltung des Volkes, die sich neben den sonstigen staatsorganbildenden Aufgaben immer wieder in Parteibildungen organisieren wird, einen Staatsaufbau vorfindet, der nicht nur die freie Entfaltungsmöglichkeit, sondern auch staatspolitische Hemmungen für ein Übermaß der Parteistrebungen vorsieht. Eine richtige Reichsreform jetzt durchzuführen, ist wichtigster Dienst der Gegenwart an der deutschen Zukunft. Wir müssen alle Kraft

einsetzen, um die Gefahr zu vermeiden, daß in der neuen Aufschwungsperiode, auf die wir hoffen, wiederum in Gesetzgebung und Verwaltung in zu starkem Maße auf die Wünsche der jeweiligen Gegenwart, seien sie auch in sich berechtigt oder begreiflich, Rücksicht genommen wird und dadurch Volk und Staat, die nicht nur ein Gegenwartsleben, sondern, an den Maßen des Individuums gemessen, ein Ewigkeitsleben haben, in irgendeiner Zukunft wieder in tiefe Not gestürzt werden, die bei vorsichtigerer Staatsführung hätte vermieden oder gemildert werden können. Neben der freien Wirtschaft, ja zu ihrer Ermöglichung, brauchen wir den starken und gut organisierten Staat, der nicht nur ein Querschnitt durch die Gegenwart, sondern den dauernden Lebensbedingungen des Volkes angepaßt ist. Wenn dieses innerlich erstarkte Reich die Zwiespältigkeit mit Preußen, den Dualismus, wie man sich zu sagen gewöhnt hat, überwunden hat, dann wird gerade auf dieser Grundlage und aus eigener Kraft am besten das freie Eigenleben der Länder, Regionen, Gemeinden sich neu entfalten, das um seiner Natürlichkeit und, lassen Sie mich sagen, Erdnähe willen auch von sich aus der freien, von vielen Millionen Deutscher getragenen privatgeschäftlichen Tätigkeit neue natürliche Antriebe geben wird. So wird die durchgeführte Reichsreform Deutschland nicht nur krisenfester machen, sondern auch dazu mithelfen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit Brot und Arbeit hat. ■